

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(51. - öffentliche - Sitzung am 19. März 2025)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Pflichtexemplarrechts in Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4317](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU

Abwesend: AfD

2. **Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag hier: Bericht des ZDF an die Landesparlamente**
Unterrichtung durch die Landtagspräsidentin - [Drs. 19/4804](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Neuausrichtung der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim. Welche Pläne hat die Landesregierung?“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung durch Vertreter des Justizministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4. **Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch schützen - Rechtsrahmen zur Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten ausschöpfen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/113](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab und empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: -

Abwesend: AfD

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Vorsätzliche Vernichtung von Akten zu laufenden Vorgängen bei der Staatsanwaltschaft Hannover“**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung durch Vertreterinnen der Justizministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

6. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Wurde die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Toepffer ‚Besteht für Wiederholungsstraftäter in Niedersachsen keine Wiederholungsgefahr?‘ (LT-Drs. [19/6639](#)) von der Justizministerin bewusst manipuliert?“**

Der Ausschuss nimmt den Unterrichtungsantrag der CDU-Fraktion einstimmig an und nimmt die Unterrichtung durch eine Vertreterin des Justizministeriums entgegen.